

Seeger Bürgermeister auf der Anklagebank

In Nürnberg ist der Prozess um den mutmaßlichen Betrugsskandal gestartet. Die Staatsanwaltschaft erhebt schwere Vorwürfe. Der ebenfalls angeklagte Ex-Einrichtungsleiter legt ein Geständnis ab und belastet den Rathauschef.



Der Bürgermeister von Seeg, Markus Bertold, vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth. Hinten links sind seine Verteidiger zu sehen. Foto: Felix Futschik

Von Felix Futschik

Nürnberg/Seeg In Fußfesseln wird Markus Bertold in den Gerichtssaal gebracht. Bevor der Bürgermeister von Seeg (CSU) sich setzt, nimmt ihm ein Polizist die Fußschellen ab. Der Angeklagte sitzt mit dem Rücken zum Zuschauerraum. Dort haben 20 Besucher Platz genommen – und zahlreiche Pressevertreter. Bertold dreht sich um, sucht Blickkontakt zu den Zuschauern. Anschließend eröffnet der Vorsitzende Richter Dr. Mark Leppich das Verfahren.

Am Montag hat der Prozess gegen Bertold begonnen. Der Jurist (49) und ein weiterer Mann sowie dessen Ehefrau müssen sich wegen des Verdachts des gewerbsmäßigen Betruges in Millionenhöhe und der Untreue verantworten. Es geht unter anderem um 2,1 Millionen Euro. Für die Frau wird es wegen ihres gesundheitlichen Zustandes einen eigenen Prozess geben.

Knapp zwei Stunden benötigt Oberstaatsanwalt Torsten Haase, um die rund 40 Seiten umfassende Anklage zu verlesen. Darin ist die Rede von einer weiteren wirtschaftlichen Basis, die sich Bertold aufbauen wollte. Im Juli

2020 soll er deshalb ein Firmengeflecht gesponnen haben. „Ab diesem Zeitpunkt war sein Handeln von dem Willen bestimmt, seine Firmen um jeden Preis mit frischem Kapital zu versorgen“, sagt die Staatsanwaltschaft. Um die Firmen mit Geld zu füttern und „erhebliche Liquiditätsengpässe“ zu beseitigen, hätten Bertold und der Ex-Leiter einer Pflegeeinrichtung (siehe untenstehender Artikel) die Coronahilfen und den Pflege-Rettungsschirm zwischen 2020 und 2022 missbraucht.

Die Angeklagten sollen gelogen haben, so hätten sie von einer stationären Pflegeeinrichtung gesprochen, obwohl diese bereits eine ambulante war. Bertold erreichte laut Staatsanwaltschaft, dass eine noch gar nicht angeschaffte Schließanlage vom Rettungsschirm bezahlt wurde. Und er habe Rechnungen gefälscht. Bertold soll das Geld aus dem Schirm überwiegend auf Konten seiner Firmen verschoben haben.

Gab es Verzögerungen bei der Pflegekasse, soll Bertold laut Anklage „mehrfach und beharrlich“ auf seine Vertrauenswürdigkeit als Bürgermeister hingewiesen haben: „Um die Dinge zu beschleunigen und rasch an das Geld zu kommen.“ Über 818.000 Euro wurden nicht ausgezahlt, weil der Schwindel rechtzeitig aufgedeckt werden konnte, so die Staatsanwaltschaft.

Zudem soll Markus Bertold Geld veruntreut haben: Es geht um 825.000 Euro, die er teilweise auf sein Privatkonto und dann auf das Konto einer seiner Gesellschaften überwiesen haben soll. Zur Pflegeeinrichtung gehört auch ein Verein, dessen Vorsitzender Markus Bertold war. Dieser Verein hätte Pacht in Höhe von 572.000 Euro von einer Bertold-Gesellschaft erhalten sollen – diese seien „grundlos nicht geltend“ gemacht worden. Der Schaden für den Verein soll insgesamt fast 1,4 Millionen Euro betragen.

Bertold wird zusätzlich noch unerlaubter Besitz von Waffen und Munition vorgeworfen. Denn am Tag seiner Festnahme fanden die Beamten unter anderem ein Gewehr und eine Pistole sowie über 3000 Stück Munition. 250 Schuss Munition lagerten laut Staatsanwaltschaft ohne Sicherheitsvorkehrungen in einer Plastikdose im Keller des Wohnhauses.

Der Ex-Leiter der Pflegeeinrichtung und dessen Frau sollen laut Staatsanwaltschaft viel Geld zur Tilgung privater Schulden benötigt haben. Sie bekamen unberechtigt über 270.000 Euro aus dem Corona-Rettungsschirm, so

der Vorwurf. Der Angeklagte soll durch „gezielte Täuschung“ Firmengeld von über 104.000 Euro auf seine Privatkonten überwiesen haben.

Der Vorsitzende Richter berichtete von Vorgesprächen, die es zwischen Staatsanwaltschaft, Kammer und Verteidigung gegeben habe. Demnach ist eine Verständigung erstmal vom Tisch. In den Vorbesprechungen ging es auch darum, ob sich Berkold persönlich bereichert habe. Doch der Oberstaatsanwalt habe bestätigt, dass dieser das Geld für seine Gesellschaften verwendet habe. Dort soll er Finanzlücken geschlossen haben. Die Verteidiger des Bürgermeisters wiesen die Vorwürfe in diesen Gesprächen zurück. Sie beschuldigten den Ex-Einrichtungsleiter der Lüge. Der 42-Jährige hat jetzt vor Gericht ein umfangreiches Geständnis abgelegt. „Mir tut das alles sehr leid, ich will nichts beschönigen“, sagte der 42-Jährige. Als es um die bereits erwähnte Schließanlage ging, sei ihm die Idee gekommen, diese über die Coronahilfen abzurechnen. „Nicht auf einmal, sondern Stück für Stück.“ Er habe Berkold von diesem Plan berichtet. Später habe er Rechnungen gefälscht, weil es Nachprüfungen zu den Corona-Hilfen gab. Da zum Teil Rechnungen gefehlt hätten, habe er welche erfunden. Der Ex-Einrichtungsleiter belastete den Bürgermeister: Berkold habe davon gewusst und selbst Rechnungen eingereicht.

Der Rathauschef nahm zu den Vorwürfen zunächst keine Stellung. Seine Verteidiger wollten zu einem späteren Zeitpunkt eine Erklärung abgeben. Eine Reihe weiterer Verhandlungstage ist angesetzt. Bis zu einem Urteil gilt die Unschuldsvermutung.